



BUNT STATT BRAUN!
Linke Migrationspolitik für Hessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

HESSEN IST EIN EINWANDERUNGSLAND

In Hessen leben viele Menschen mit Migrationsgeschichte. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung und macht Hessen zu einem attraktiven Bundesland. Politik muss diese Chancen erkennen und das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern.

Ein Drittel der hessischen Bevölkerung sind Migrantinnen und Migranten oder haben zumindest einen zugewanderten Elternteil. In den Städten liegt der Anteil noch höher: In Frankfurt hat mehr als die Hälfte der Einwohner/innen einen Migrationshintergrund.

SOZIALE VERBESSERUNGEN SIND NÖTIG

Geht es um Einwanderung, wird meist nur über die Religion oder mangelnde Deutschkenntnisse diskutiert. Doch Menschen brauchen vor allem eine planbare Zukunft! Das bedeutet: sichere Aufenthaltspapiere, eine bezahlbare Wohnung, gute Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und eine Arbeit, von der man leben kann.

Integration erreicht man am besten mit einer gerechten Sozialpolitik für alle Menschen, die hier leben. Deshalb tritt DIE LINKE gegen Sozialabbau ein und fordert gute Schulen mit mehr Lehrkräften und preisgünstige Wohnungen.

Statt Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen, treten wir für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein. Nicht Migration ist das Problem. Es sind Superreiche und Steuerflüchtlinge, die dem Staatshaushalt dringend benötigte Finanzmittel entziehen.

DISKRIMINIERUNG WIRKSAM BEKÄMPFEN

Viele Menschen mit einer Migrationsgeschichte erleben im Alltag Ausgrenzung und Rassismus. Sie werden beschimpft, angepöbelt oder erfahren Gewalt. Bei der Arbeits- und Wohnungssuche reicht oftmals ein ‚ausländisch‘ klingender Name für eine Absage.

DIE LINKE will ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen gegen Diskriminierung schaffen.



Ein Rechtshilfefonds soll dabei helfen, dass Betroffene ihre Rechte auch durchsetzen können. Für Diskriminierung darf es keinen Platz geben: Wir fordern ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz für Hessen.

KLARE KANTE GEGEN RASSISMUS!

DIE LINKE stellt sich konsequent rassistischer Hetze entgegen!

Auch Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Die Erfahrungen aus dem deutschen Faschismus sind für uns Verpflichtung, gegen menschenverachtende Parolen, rechte Parteien und rechte Politik entschieden vorzugehen!

WAHLRECHT FÜR ALLE!

Viele Eingewanderte sind wegen ihrer Staatsbürgerschaft von Wahlen ausgeschlossen, obwohl sie oftmals schon jahrelang in Hessen wohnen. Das widerspricht dem Grundgedanken der Demokratie! Alle Menschen, die dauerhaft hier leben, müssen wählen können: sei es in den Kommunen, zum Hessischen Landtag oder zum Bundestag.

Bürgerschaftliches Engagement und Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten will DIE LINKE stärker fördern. Wir unterstützen die kommunalen Ausländerbeiräte.

Sie dürfen kein Feigenblatt für ein fehlendes Wahlrecht sein! Ihre Mitwirkungsmöglichkeiten und die ihres hessischen Dachverbandes agah wollen wir ausbauen.

FÜR CHANCENGERECHTIGKEIT IN DER BILDUNG

Alle Kinder haben das Recht auf gute Bildung und Ausbildung! In vielen Studien wurde aber nachgewiesen, dass die soziale Herkunft oder eine Migrationsgeschichte oftmals ein Bildungshindernis darstellen. Kinder aus Einwandererfamilien müssen bessere Leistungen erbringen, etwa um eine Empfehlung für die höhere Schule zu erhalten. Chancengerechtigkeit wird durch frühkindliche Bildung und gute schulische Förderung möglich. Darauf legt DIE LINKE besonderen Wert! Schulen sollen besser auf sprachliche und kulturelle Vielfalt ausgerichtet sein.



Mehrsprachigkeit bedeutet für den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft einen großen Reichtum. Herkunftssprachlicher Unterricht muss aufgewertet und ausgebaut werden. Er muss zurück in die Zuständigkeit des Landes. Den Unterricht durch Konsultatslehrkräfte wollen wir beenden.

Für Geflüchtete und EU-Arbeitsmigranten muss es Integrationskurse in guter Qualität geben – hierzu gehört auch eine faire Bezahlung der Lehrkräfte. Außerdem will DIE LINKE für Menschen mit noch ungesichertem Aufenthaltsstatus den Zugang zu Sprachkursen ermöglichen.

RELIGIONSFREIHEIT GARANTIEREN

Das Grundgesetz garantiert Religionsfreiheit. Dazu steht DIE LINKE. Wir stellen uns der weitverbreiteten Herabwürdigung von Menschen wegen ihres Glaubens entschieden entgegen!

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, seine Religion auszuüben, Kirchen und Tempel zu errichten oder sich entsprechend seiner Religion zu kleiden.

DIE LINKE steht zur Trennung von Kirche und Staat. In den Schulen treten wir für Ethikunterricht ein. Solange bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen angeboten wird, muss dieser die verschiedenen Religionsgemeinschaften berücksichtigen.

FAMILIENNACHZUG UND EINBÜRGERUNG ERLEICHTERN

Die Regeln für den Nachzug von Ehegatten und Kindern sind bürokratisch und familienfeindlich, Anträge und Visa werden nur schleppend bearbeitet. Der Familiennachzug muss erleichtert und vorgeschaltete Sprachtests im Herkunftsland müssen abgeschafft werden. Stattdessen braucht es kostenlose Sprachkurse, wenn die Familienangehörigen in Deutschland angekommen sind.

Das Recht auf Einwanderung darf nicht nur Hochqualifizierten vorbehalten sein. Eine Einwanderungspolitik, die sich ausschließlich an den Interessen der deutschen Wirtschaft oder der demographischen Entwicklungen orientiert, lehnen wir ab. Die Doppelte

Staatsbürgerschaft muss bei der Einbürgerung möglich sein. Für uns stehen die Rechte und Belange der Migrantinnen und Migranten im Vordergrund.

TEILHABE MÖGLICH MACHEN

Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen muss chancengleich gestaltet sein! In Behörden sollten sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturell fortbilden können. In diesen Bereichen sind gebührenfreie Dolmetscherdienste und die Übersetzung relevanter Schriftstücke unentbehrlich.

Gesundheitseinrichtungen sollten den Patientinnen und Patienten mehrsprachige Informationen zur Verfügung stellen. Eingewanderte Seniorinnen und Senioren brauchen eine kultursensible Altenpflege.

Auch Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus müssen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Abschiebung zu riskieren. Traumatisierten Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen muss der Zugang zu psychologischer Hilfe möglich sein.



RESPEKT UND SOLIDARITÄT

Linke Migrationspolitik für Hessen

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

Janine Wissler
DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

GRAFIK, SATZ UND LAYOUT

Hanna Hoefl

FOTOS

Cover: Mlenny, 505023118, istockphoto.com
S. 3: powerofforever, 490639696, istockphoto.com
S. 5: Kamal, 194060154, fotolia.com
S. 7: NataliaDeriabina, 597948928, istockphoto.com
S. 8: mazzzur, 583991178, istockphoto.com

SOCIAL MEDIA UND WEB



linksfraktion-hessen.de



twitter.com/LinkeLTGHessen



facebook.com/linksfraktion.hessen